PATRICK PLEUL / DPA

Glyphosat

Die Trägheit der Bienenministerin

● Die für die Bewertung von Pflanzenschutzmitteln zuständige Bundesbehörde sieht nach erster Prüfung einer neuen Studie zur Bienentoxizität des umstrittenen Pestizids Glyphosat »keinen unmittelbaren Handlungsbedarf«. So erklärte es das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in einem internen Schreiben. Ende September veröffentlichte das Wissenschaftsmagazin »Proceedings of the National Academy of Sciences« die Studie eines Biologenteams der US-Universität Austin. Derzufolge könnte das weltweit vertriebene Glyphosat eine Ursache dafür sein, dass Bienen krankheitsanfälliger werden. Grund sei die Veränderung der Darmflora der Tiere durch das Herbizid. Die Studie werde vom zuständigen Julius-Kühn-Institut »intensiv geprüft«, so das BMEL, um »notwendige weitere Schritte im Rahmen der Zulassung oder dem Bienenschutz« zu ermitteln. Den Grünen ist das zu wenig. »Wenn dieser Paukenschlag die selbst ernannte Bienenministerin nicht weckt«, fragt der grüne Bundestagsabgeordnete Harald Ebner, »was muss dann noch passieren, damit Julia Klöckner endlich Handlungsbedarf sieht und den versprochenen Glyphosat-Ausstieg wirklich angeht?« In 2017 war die in Deutschland abgesetzte Menge des Glyphosat-Wirkstoffs um fast ein Viertel angestiegen gegenüber dem Vorjahr: von 3780 auf 4694 Tonnen. AB

Regierung

Spott über Spahn

● Die USA-Reise von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sorgt im Auswärtigen Amt für amüsiertes Kopfschütteln. Unter Berliner Diplomaten hieß es nach der Kurzvisite Spahns in Washington, D. C., Anfang der Woche, der Trip habe eher der Profilierung des CDU-Manns denn relevanten Sachgesprächen gedient. Spahn hatte während seiner Zweitagesreise in die amerikanische Hauptstadt auch einen Termin bei John Bolton, dem Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump. Das Treffen im Weißen Haus wollte der mit Spahn eng befreundete US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, anbahnen. Entgegen den Gepflogenheiten wurde die Botschaft in Washington dabei zunächst nicht einbezogen. Der US-Botschafter avisierte Spahn als aufstrebenden Konservativen, treuen Amerika-Freund und möglichen künftigen Kanzler. Allerdings reichte Grenells Einfluss offenbar nicht so weit wie erhofft: Als der Termin vom Weißen Haus bis zuletzt nicht bestätigt wurde, schaltete Spahn die deutsche Botschaft ein. Kurzfristig wurde das Treffen dann möglich. Seinen Amtskollegen, US-Gesundheitsminister Alex Michael Azar, traf Spahn in Washington indes nicht; Azar war nicht in der Stadt. Mit Bolton, einem Hardliner der Trump-Administration, tauschte sich Spahn nach eigenen Angaben über das Thema Bioterrorismus und Epidemien aus. Unter den Diplomaten in Berlin wundert man sich, dass dieses Thema bei den regelmäßigen Gesprächen zur Sicherheitskooperation zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bisher nie auf der Tagesordnung stand. MGB, RAN

AfD-Wahlkampf

Propaganda von der Briefkastenfirma

● Den Machern des AfD-nahen Propagandablatts »Deutschland Kurier« droht juristischer Ärger. Die Hamburger Behörde für Kultur und Medien prüft eine mögliche »Verletzung des Impressumrechts nach Hamburgischem Pressegesetz«, wie ein Behördensprecher mitteilt. Anlass ist eine Änderung im Impressum der Publikation, die im laufenden Landtagswahlkampf in Bayern bereits an Zehntausende Haushalte verteilt und in der zur Wahl der AfD aufgerufen wurde. Als Herausgeber der Zeitung und ihrer Website tritt seit Kurzem eine »Conservare Communications GmbH« aus Hamburg auf. Doch sowohl das Handelsregister als auch das zuständige Gewerbeamt sowie die Hamburger Handelskammer teilen mit, dass ihnen die Firma nicht bekannt sei. Bei der angegebenen Firmenanschrift handelt es sich um eine Briefkastenadresse mit Postweiterleitung. »Das Impressum des ›Deutschland Kuriers‹ erfüllt nicht einmal die gesetzlichen Mindestanforderungen«, urteilt der Anwalt Malte Nieschalk, Experte für Presserecht in Berlin. Es fehle nicht nur eine ladungsfähige Adresse des verantwortlichen Redakteurs, sondern auch ein gesetzlicher Vertreter des herausgebenden Verlages. »Da ist jetzt die zuständige Ordnungsbehörde gefragt«, sagt Nieschalk. Wer sich hinter der »Conservare Communications« verbirgt, wollte David Bendels, Chefredakteur des »Deutschland Kuriers«, nicht sagen; eine SPIEGEL-Anfrage zu Geschäftsführung und Eigentümern des Unternehmens ließ er unbeantwortet. Ähnlich wortkarg gab sich Bendels in der Vergangenheit über die Finanziers seines »Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten«, der die AfD seit 2016 mit millionenschweren Werbekampagnen unterstützt und bis vor Kurzem als Herausgeber des »Deutschland Kuriers« fungierte (SPIEGEL Nr. 20/2018). Bei Verstößen gegen die Impressumspflicht droht nach dem Telemediengesetz eine Geldbuße von bis zu 50 000 Euro. AMA, RED, SRÖ